BERNHARD SCHÄFER
MODERNER Silber-SCHMUCK
7 PRAGER STRASSE 7

regelmäßigen Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die vom Oktober auf November eintritt, bleibt in diesem Jahre weit hinter dem des Vorjahres zurück. Auf je 100 offene Stellen ist das Mehrangebot in diesem Jahre nur um 34,7 gegen 55,2 im Vorjahre gewachsen.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Nach der „Königsberger Hartungschen Zeitung" sind die Aussichten für das Zustandekommen des deutsch-russischen Handelsvertrags zur Zeit alles andere als günstig. Die Verhandlungen seien wieder einmal auf den toten Punkt geraten, sodaß die russischen Unterhändler unverrichteter Dinge vorzeitig zurückkehren. Dagegen verlautet von anderer Seite, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit Italien, Belgien und der Schweiz erfreuliche Fortschritte gemacht haben, sodaß man deren Abschluß noch vor Neujahr erhofft. — Das Befinden des Reichstagsabgeordneten v. Vollmar hat sich verschlechtert, er ist gestern abend von München nach Verona abgereist.

**Leipzig.** (Priv.-Tel.) Die hiesigen Steinsetzer sind in eine Lohnbewegung eingetreten, nachdem die Verhandlungen zwischen Vertretern der Steinmetz-Innung und der Gehilfen-Ausschüsse zu keiner Einigung geführt haben. Gestern beschloß eine Gehilfenversammlung unter Vorbehalt weiterer Schritte, an ihren Forderungen festzuhalten und eine sofort gefaßte und unterschriebene Petition an das Stadtverordnetenkollegium des Inhalts abzusenden, daß dieses dahin wirken wolle, daß der Rat der Stadt Leipzig, gleichwie in Dresden, die Steinsetzer-Arbeiten in eigene Regie übernehme. Die Gehilfenforderungen lauten auf neunstündige Arbeitszeit und 70 Pfg. Stundenlohn.

**Kiel.** (Priv.-Tel.) Die Uebungsfahrt nach Nordafrika, die der große Kreuzer „Prinz Heinrich" mit vier kleinen Kreuzern im Januar unternimmt, wird zwei Monate dauern. Die Rückkehr erfolgt Anfangs März.

**Bremen.** (Priv.-Tel.) Zur Hebung der Schiffahrt auf der Oberweser soll in Minden ein Umschlagshafen nach einem Plan des Norddeutschen Lloyd geschaffen werden. Von den Kosten, die 600 000 Mark betragen, hat die Stadt Minden 100 000 Mark übernommen, während 500 000 Mark von den interessierten Schiffahrtsgesellschaften in Bremen, Minden und Hameln übernommen werden.

**Köln.** (Priv.-Tel.) Auf dem Güterbahnhofe des Deutzer Bahnhofs wurden in einem Eisenwaggon 5 Dynamitpatronen aufgefunden. Man benachrichtigte sofort das Artilleriedepot, das einen Feuerwerker entsandte, der die Patronen mitnahm. Bis jetzt ist noch nicht festgestellt, wie sie in den Wagen gelangt sind.

**Aachen.** (Priv.-Tel.) Der in weiten Kreisen bekannte Färbereibesitzer A. Vogens in Haaren ist gestern auf dem dortigen Bürgermeisteramte vom Aachener Staatsanwalt verhaftet worden. Es werden ihm, der Kirchenrendant ist, Unterschlagungen von amtlichen Kirchengeldern in Höhe von 17 000 Mark zur Last gelegt, die indessen gedeckt sind.

**Frankfurt a. M.** (Priv.-Tel.) Auf der Strecke Frankfurt a. M.-Marburg wurden wiederholt Probezüge gefahren, wie es heißt, um zu prüfen, ob sich eine größere Geschwindigkeit als 75 Kilometer in der Stunde erreichen lasse. Die Versuche sollen ergeben haben, daß bis 85 Kilometer erreicht worden sind, und zwar bei einer Belastung von 10 Wagen zu 4 Achsen.

**Wien.** (Priv.-Tel.) Abgeordnetenhaus. Nach Mitteilung der eingelaufenen Regierungsvorlagen und Anträge beantwortete Ministerpräsident v. Koerber eine Reihe von Interpellationen.

**Laibach.** Der für gestern angesagte Vortrag der makedonischen Freiheitskämpfer Stojancew und Erlovec wurde von der Landesregierung verboten.

**Rom.** Deputiertenkammer. Schatz- und Finanzminister Luzzatti [illegible] Hause das Finanz-Exposé. Zu Beginn desselben [illegible] Minister dar, daß das Rechnungsjahr 1902/03 nach Abgaben für die Eisenbahnen, Schuldentilgung und die [illegible]ion mit einem Ueberschuß von 39 713 000 Lire ab[illegible]hat. Der Ueberschuß für 1903/04 werde nach Deckung [illegible]n Ausgaben voraussichtlich 6 Mill. Lire betragen, da infolge guten Inlands-Ernte ein Mindereingang an Getreidezöllen [illegible]34 Mill. Lire angenommen werde; doch dürfte sich der Ueberschuß nach der Ueberzeugung des Ministers infolge des sehr [illegible]eigen Ansatzes der Eingänge noch erhöhen. Für das neue Rechnungsjahr 1904/05 werde der aktive Rest mit 7 220 000 Lire veranschlagt, doch werde angenommen, daß diese Schätzung durch die mit größter Sicherheit anzunehmende Einnahme-Steigerung weit übertroffen werden. Bei diesem Ergebnis sind die geldlichen Erfordernisse, die aus den von dem letzten Kabinett zur Annahme gebrachten Gesetzentwürfen und von ihm eingegangenen Verpflichtungen herrühren, berücksichtigt. Neue Ausgaben werden in der laufenden Tagung nicht vorgeschlagen. Ueberhaupt betont der Minister die Notwendigkeit, alle nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben zu vermeiden, um das Budget für die große Rentenkonversion zu rüsten. Nachdem Luzatti sodann eine Reform innerhalb der Verwaltung des Schatzes zur Vermeidung von Etatüberschreitungen angekündigt hat, bespricht er die Lage des Schatzes. Dieser hat sich seit dem Vorjahre erheblich gebessert. Der Betrag der Schatzanweisungen ist von 300 auf 192 Mill. Mk. zurückgegangen. Am 1. Januar 1904 werden die Zinsen der Staatsschuld zum ersten Male seit dem Bestehen des Königreichs ohne Vorschüsse der Notenbanken gezahlt werden können. Bezeichnend für die Finanzgebarung Italiens in den letzten Jahren, führt der Minister weiter aus, ist die Vermeidung jeglicher Anleiheaufnahme. Dies bildet die Erklärung für die jetzige gute Lage und darin liegt auch das Geheimnis für die Zukunft. Nach einer Besprechung der Maßnahmen, die die jetzige Regierung im Interesse der Herabminderung der Zinslast, die die südlichen Provinzen bedrückt und zum Zwecke der Grundschuld-Entlastung, letzteres durch Schaffung einer Zentralkasse in Rom nach deutschem Vorbilde, zu ergreifen gedenkt, wendet er sich der Frage der Handelsverträge zu und führt aus: Die von der Regierung eingesetzte Zollkommission ist zu einem vom rein technischen Gesichtspunkte ausgehenden Entwurf einer beschränkten Revision des Generaltarifs gelangt, welcher auch veröffentlicht worden ist, da die Regierung nichts geheim halten will. Die Regierung beabsichtigt aber angesichts der guten wechselseitigen Wirkung der geltenden Verträge mit den mitteleuropäischen Staaten, an dem gegenwärtigen Zollregime Italiens keine dessen Wesen berührende Aenderung vorzunehmen, und glaubt, daß die Vollmachten, die sie in dieser Angelegenheit besitzt, zur Wahrnehmung der italienischen Interessen ausreichen. Ihr Ziel ist der wirtschaftliche Friede mit den verbündeten und befreundeten Nationen. Italien beweist seine aufrichtigen Absichten und seine auf internationale Billigkeit gerichtete Gesinnung, indem es gegenwärtig weder Kampftarife noch Vergeltungstarife vorbereitet. Wie bei dem Handelsabkommen mit Frankreich ist Italien auch jetzt bereit, gerechte Zugeständnisse gegenüber dem geltenden Tarife zu gewähren, wobei namentlich die Förderung der heimischen Ausfuhr im Auge behalten wird. Im Sinne dieser Bestrebungen wird die Regierung der gesetzlichen Ermächtigung zur Herabsetzung des Petroleumzolles auf etwa die Hälfte und zur noch stärkeren Erniedrigung des Zolles auf Mineralölrückstände nachsuchen. Der Minister bespricht sodann eingehender Mittel und Ziele einer kraftvollen Ausfuhrpolitik. Im weiteren Verlaufe seiner Darlegung beleuchtet der Minister die Verhältnisse bezüglich der Geldumlaufsmittel und sagt: Eine baldige Aenderung der Gesetzgebung über die Emissionsbanken ist angesichts der guten Ergebnisse derselben nicht beabsichtigt. Die in Immobilien festgelegten Kapitalien dieser Banken sind von 636 auf 776 Millionen zurückgegangen. Die Banknoten sind voll gedeckt und zwar zu 60 Prozent durch Metallbestände, der Rest durch Werte erster Güte. Der Banknotenumlauf ist von 1898 bis Ende Oktober 1903 von 1 064 700 000 Lire auf 940 200 000 Lire gesunken, dagegen die metallische Deckung von 582 600 000 Lire auf 807 000 000 Lire gestiegen. Auch die Schatzreserve hat tatsächlich zugenommen; in den letzten fünf Jahren ist bei den Emissionsbanken und dem Staatsschatze der Bestand an Goldmünzen und Fünffrankenstücken von 695 auf 934 Millionen gestiegen; die Zunahme der Goldmünzen allein beträgt 180 Millionen Lire. Der Minister betont sodann, daß der Wechselkurs pari erreicht hat und die Rollzahlungs-Zertifikate im Inlande und der Akkreditiv im Auslande entbehrlich sein werden. Er verkündet die Absicht, die endgültige Regelung des Geldumlaufswesens zu beschleunigen, im nächsten Jahre sollen Maßnahmen zur allmählichen Verminderung der Staatsnoten ohne Ausgabe neuer Konsols vorgeschlagen werden; Verhandlungen mit den Banken betreffend Uebernahme eines Teiles dieser Noten sind bereits eingeleitet. Neben Beseitigung der Staatsnoten sollen weitere Schritte zur Flüssigmachung des in Immobilien festliegenden Kapitals der Banken getan werden, so daß das Banknotenwesen allmählich zur vollkommenen Gesundung gelangen wird. Der Minister erörtert schließlich die Frage der Rentenkonversion. Er erklärt, daß er den Entwurf seines Amtsvorgängers betreffend die Gesamtkonversion zurückziehe und lediglich die Konversion der 4½prozentigen Rente in 3½prozentige vorschlage. Eine Vorlage betreffend freie Konversion der 5prozentigen eigenen Rente in 3½prozentige werde erst nach Vorbereitung aller zur Erreichung des Zieles nötigen Mittel eingebracht werden. Für die dem Staate etwa 6 Millionen jährlich ersparende Konversion der 4½prozentigen Rente, welche keine Schwierigkeiten biete, werden die ausländischen Märkte nicht in Anspruch zu nehmen sein, wohl aber werde deren Mitwirkung für die internationalen Charakter tragende Umwandlung der 5prozentigen Rente von hohem Werte sein. Der Minister spricht die Ueberzeugung aus, daß Frankreich, Deutschland und England, die Italien bei dem Werke seiner politischen Befreiung geholfen haben, es auch bei diesem Befreiungswerke unterstützen werden. Die jährliche Ersparnis werde 40 Millionen betragen, größer aber der Gewinn aus der Neubelebung der ganzen Volkswirtschaft Italiens sein. Als Ziel Italiens stellt der Minister schließlich die Entwicklung der Bevölkerung und die Begründung glücklicher Zustände für dieselbe durch Schaffung eines zahlreichen Standes von Kleingrundbesitzern hin. Dies ist der einzig wirksame Weg, betonte er zuletzt, um durch unsere Einrichtungen und nicht durch Gewalt die steigende Flut des sozialistischen Kollektivismus zu bekämpfen.

**London.** Dem „Morning Leader" zufolge, wird Lord Roberts am Ende des Finanzjahres seine Demission als Generalissimus der englischen Armee geben. Als mutmaßlicher Nachfolger wird der Herzog von Connaught genannt.

**Kopenhagen.** (Priv.-Tel.) An der schwedischen Küste kollidierte der Schoner „Familie" mit der Barke „Idun". Die Kapitäne beider Fahrzeuge waren Brüder. Die „Idun" sank sofort, und der Kapitän ertrank.

**Washington.** Die Schiffahrtssubventionsbill wird dem Vernehmen nach in dieser Tagung des Kongresses nicht eingebracht, sondern bis zur nächsten zurückgehalten werden.

**Frankfurt a. M.** (Schluß.) Kredit 218 25. Disconto 198 50. Dresdner Bank 160 80. Staatsbahn 147,30 Lombarden —,—. Laurahütte 241,—. Ungar. Gold —,—. Portug. eins —,— Türkenlose —,—. Fest.

**Paris,** (3 Uhr nachmittag. Rente 98,42. Italiener —,—. Spanier 89 35 Neue Portugiesen 65,40 Türken (amtlic. Anleihe) 89,50. Türkenlose 135,25 Ottomanbank 806. Staatsbahn 748 — Lombarden 84.— Ruhig.

**Paris,** Produktenmarkt. Weizen per Dezember 20 10 per März-Juni 0 80, ruhig. Schlußt per Dezember 41 —, per März-August 40,50, stramm. Rüböl per Dezember 64,—, per März-August 63,75, ruhig.

**London,** (Produktenbericht.) Englischer Weizen fest, fremder ruhig bei kleinem Geschäft. Mais, Gerste und Hafer fest. Mehl ruhig — Wetter: Regen.

## Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Johann Georg besuchte gestern mittag das Geschäft der Firma Moritz Hartung, Hoflieferant, Waisenhausstraße 19, und die Luxuspapierhandlung von M. Wendt, Prager Straße 1, und machte Einkäufe.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Postvertrauensarzt, Oberstabsarzt a. D. Hofrat Dr. Friederich, in Dresden den preußischen Kronenorden 3. Klasse anlege.

— Um Einkäufe zu machen, besuchten die Prinzessinnen Lobkowitz, Schönburg-Hohenlohe und Prinz Leuchtenberg die Luxuspapierhandlung von Rudolph Jahn, Prager Straße, Ecke Waisenhausstraße, die Prinzessin von Schönburg außerdem das Magazin von H. Warnack.

— Der Landgerichtsrat bei dem Landgericht Chemnitz Facilides wird vom 1. Januar 1904 ab an das Landgericht Plauen versetzt.

— Dem seit Mitte Oktober in den Ruhestand getretenen Lehrer Junghänel in Bernstadt wurde das Albrechtskreuz verliehen.

— Dem vorliegenden Bericht der ersten Deputation der Ersten Kammer über das Königliche Dekret Nr. 5, den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Bestimmung in Absatz 2 von § 84 der Revidierten Städteordnung betreffend, ist folgendes zu entnehmen: Durch Verordnung vom 22. Dezember 1902 ist der juristische Vorbereitungsdienst im Geschäftsbereiche der inneren Verwaltung anderweit geregelt und eine besondere Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst eingeführt worden. Die Königl. Staatsregierung will die Verwaltungsprüfung der Richterprüfung grundsätzlich gleichstellen. Den Assessoren, die eine von den beiden Prüfungen bestanden haben, sollen daher alle diejenigen Posten zugängig gemacht werden, die im Gebiete der inneren Verwaltung überhaupt in Frage kommen können. Nach diesem Grundsatze ist allen denjenigen, die die Richterprüfung bestanden haben, keineswegs der Eintritt in den höheren Verwaltungsdienst verschlossen. Die Königl. Staatsregierung hat das in der Deputation ausdrücklich anerkannt, sie hat aber darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen Beamten vorzugsweise im höheren Verwaltungsdienste werden angestellt werden, die schon im Vorbereitungsdienste einer Verwaltungsbehörde zugeteilt gewesen sind und die Verwaltungsprüfung bestanden haben. Dem Grundsatze, die Verwaltungs- und die Richterprüfung gleichzustellen, widerstreitet es aber, wenn nach Absatz 2 von § 84 der Revidierten Städteordnung mindestens ein Ratsmitglied die Befähigung zur Annahme eines selbständigen Richteramtes haben muß, denn damit sind eine Anzahl städtischer Aemter denjenigen Verwaltungsbeamten verschlossen, welche nicht die Richterprüfung abgelegt haben. Nach der Vorlage soll daher Absatz 2 von § 84 lauten: „In jeder Stadt muß mindestens ein Ratsmitglied zum Richteramte oder zum höheren Verwaltungsdienste befähigt sein." Die Deputation hat geglaubt, daß zu den Beamten, die zum höheren Verwaltungsdienste befähigt sind, nicht diejenigen höheren technischen Beamten gezählt werden können, die in manchen Verwaltungszweigen angestellt sind. Sie hat vielmehr nach der Erklärung der Königl. Staatsregierung als feststehend angesehen, daß ebenso wie in § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 19. Juni 1900 unter Beamten, die zum höheren Verwaltungsdienste befähigt sind, nur solche gemeint sein können, die eine besondere, der Richterprüfung gleichzustellende, zweite juristische Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst abgelegt haben, und zwar im Königreich Sachsen. Die Bewerbung um die städtischen Aemter, deren in § 84, Absatz 2 der Revidierten Städteordnung gedacht ist, soll daher in Zukunft zwar allen denjenigen offen stehen, die im Deutschen Reiche die Fähigkeit zur Bekleidung eines Richteramtes erlangt haben, außerdem aber nur noch denjenigen Beamten, die in Sachsen die Verwaltungsprüfung abgelegt haben. Was nun die Tendenz der vorgeschlagenen Gesetzesänderung anlangt, so glaubte die Deputation, daß keineswegs die Absicht bestehen könne, die Städte zur Anstellung von Beamten zu veranlassen, die zum höheren Verwaltungsdienste befähigt sind; sie war vielmehr der Meinung, daß der Zweck des vorgeschlagenen Gesetzes der sei, die Bewerbung solcher Beamten, die nach der gegenwärtigen Fassung des § 84, Absatz 2 der Revidierten Städteordnung unmöglich wäre, in Zukunft nicht mehr durch Gesetz auszuschließen. Die Königl. Staatsregierung bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung; sie erkläre aber, daß die Ortsgesetze, insoweit sie die Bestimmung des Absatzes 2 von § 84 der Revidierten Städteordnung nach der bisherigen Fassung übernommen haben, mit Ausnahme des Gesetzentwurfs hinfällig werden würden. Von der Deputation ist nun erwogen worden, ob man nicht durch einen Zusatz zum vorgeschlagenen Gesetz den Städten die Möglichkeit schaffen sollte, durch Ortsgesetz wie bisher mindestens eine Ratsstelle solchen Beamten vorzubehalten, die zum Richteramte befähigt sind. Man hat jedoch davon abgesehen. Denn in den Städten mit einem größeren Ratskollegium bietet Absatz 3 von § 84 der Revidierten Städteordnung die Handhabe, auch weiterhin noch Ratsstellen ausschließlich für Beamte mit Richterqualifikationen offen zu halten. Die Städte mit einer besoldeten Ratsstelle werden freilich in Zukunft zur Bewerbung um diese einzige Stelle auch solche Beamte zulassen müssen, die zum höheren Verwaltungsdienste fähig sind. Diese Erweiterung des Kreises der Bewerber kann aber doch nur als Vorteil angesehen werden. Sie beseitigt die Schranke, die es bisher unmöglich machte, besonders geeignete Verwaltungsbeamte für den städtischen Dienst zu gewinnen, wenn diese nicht die Richterprüfung abgelegt haben. Im einzelnen Falle steht es den städtischen Kollegien aber doch frei, die Wahl auf einen zum Richteramte befähigten Beamten zu richten, sofern besondere Bedürfnisse dies erheischen. Die Deputation beantragt das Gesetz mit Ueberschrift, Eingang und Schluß nach der Vorlage zu genehmigen.

— Die Finanzdeputation B der Zweiten Kammer beantragt, die unter Titel 34 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05 eingestellten 2 000 000 Mk. zur Herstellung einer normalspurigen Nebenbahn von Weißenberg nach Radibor nach der Vorlage zu bewilligen.

— Die Beschwerde- und Petitions-Deputation der Zweiten Kammer beantragt, die Petitionen des Gauverbandes der Erzgebirgischen Kreisvereine Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, des Ausschusses für die sächsischen Handlungsgehilfentage in Zwickau und über die Resolution einer Versammlung von Handelsangestellten in Chemnitz, weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit betreffend, auf sich beruhen zu lassen.

— Der Bezirkslehrerverein Leipzig-Land beschäftigte sich mit der berufständischen Vertretung im Sächsischen Landtag und faßte nach ausführlichem Referate folgende Resolution: „Der Bezirkslehrerverein Leipzig-Land setzt in den Vorstand des Sächsischen Lehrervereins das Vertrauen, daß er bei der bevorstehenden Aenderung des Landtagswahlrechts die Interessen der vaterländischen Volksschullehrerschaft wahrnehmen, daß er insbesondere bei Schaffung eines Berufswahlrechts eine Vertretung des Volksschullehrerstandes in der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtages erstreben wird. Er bittet, wenn möglich, die Frage einer parlamentarischen Vertretung des sächsischen Volksschullehrerstandes den Bezirkslehrervereinen zur Behandlung zu überweisen."

— Die Immatrikulationen an der Universität Leipzig sind für dieses Semester vor kurzem geschlossen worden. Weitere Immatrikulationen können jetzt nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung des Rektors erfolgen.

— Die Gründung der meisten landwirtschaftlichen Genossenschaften fällt gewöhnlich in die Zeit, in der die gesamte landwirtschaftliche Vereinstätigkeit am regsten ist, also in den Winter. In den Sommermonaten und im Herbst tritt stets nur eine geringe Anzahl neuer Genossenschaften ins Leben. Im Königreich Sachsen sind seit dem 1. Juli d. J. 6 neue landwirtschaftliche Genossenschaften gegründet worden, die sich ausnahmslos dem Landesverband angeschlossen haben. Es sind dies die Pferdeversicherungsgenossenschaft für die Amtshauptmannschaft Oschatz, der Spar-, Credit- und Bezugsverein Gornau bei Zschopau, die Dreschgenossenschaft Wittgensdorf bei Chemnitz, die Landwirtschaftliche Maschinenhalle in Liebertwolkwitz, die Bezugs- und Absatzgenossenschaft Ebersbach bei Geithain und die Wasserleitungsgenossenschaft Kühren. Die Zahl der dem Verbande der Landwirtschaftlichen Genossenschaften im Königreich Sachsen angeschlossenen Genossenschaften hat sich durch diese Zugänge auf 219 erhöht. Die kommenden Wintermonate werden wiederum Gelegenheit zu einer erheblichen Verbreitung des genossenschaftlichen Gedankens unter den Landwirten bieten, die voraussichtlich die Errichtung einer größeren Anzahl von Genossenschaften zur Folge haben wird.

— Die im Königreich Sachsen von den Bäumen der fiskalischen Straßen im laufenden Jahre 1903 erzielten Obstnutzungserträge beliefen sich auf 187 091 Mk. 61 Pfg. gegen 156 802 Mk. 30 Pfg. im Vorjahre 1902; es ist somit in diesem Jahre erfreulicherweise eine Mehreinnahme von 30 289 Mk. 31 Pfg. erzielt worden. Von diesen Erträgnissen entfallen auf die Straßen- und Wasserbau-Inspektionsbezirke Leipzig 39 891 Mk. 50 Pfg. (gegen 25 893 Mk. 50 Pfg. im Vorjahre), Döbeln 87 299 Mk. 20 Pfg. (gegen 23 152 Mk. 80 Pfg.), Bautzen 21 984 Mk. 85 Pfg. (gegen 18 919 Mk.), Grimma 19 313 Mk. (gegen 13 870 Mk. 90 Pfg.), Meißen I und II 18 229 Mk. 81 Pfg. (gegen 14 601 Mk. 50 Pfg.), Zittau 14 927 Mk. (gegen 18 919 Mk.), Pirna I und II 13 176 Mk. 50 Pfg. (gegen 13 302 Mk.), Dresden I und II 10 432 Mk. 80 Pfg. (gegen 16 507 Mk. 60 Pfg.), Zwickau 5833 Mk. 60 Pfg. (gegen 3920 Mk. 30 Pfg.), Chemnitz 3217 Mk. 50 Pfg. (gegen 5708 Mk. 50 Pfg.), Plauen 2648 Mk. 60 Pfg. (gegen 2287 Mk. 90 Pfg.), Freiberg 381 Mk. 75 Pfg. (gegen 672 Mk.) Schwarzenberg 249 Mk. (gegen 72 Mk.) und Annaberg 6 Mk. 50 Pfg. (gegen 26 Mk. 30 Pfg. im Vorjahre). Somit sind die Bezirke Zittau, Pirna, Dresden, Chemnitz, Freiberg und Annaberg in den Erträgen zurückgeblieben, während alle übrigen Bezirke erhebliche Mehrerträge aufzuweisen haben. Im Jahre 1901 haben die Einnahmen aus den fiskalischen Straßenbäumen 180 303 Mk. 95 Pfg. und im Jahre 1900 167 307 Mk. 75 Pfg. betragen.

— Die für das Bereich der sächsischen Staatsbahnen bestehenden zehntägigen Rundreisekarten, die am 18. Dezember und an den folgenden Tagen gelöst werden, gelten bis 8. Januar 1904; die Gültigkeit erlischt um Mitternacht des letzten Geltungstages. Eine gleiche Verlängerung der Geltungsdauer tritt für die außerdeutschen Strecken im Verkehr auf Rückfahrkarten zwischen sächsischen Stationen und solchen der Böhmischen Nordbahn, der Lokalbahn Friedland i. B.—Herrnsdorf i. B. und der Französischen Nordbahn (Paris über Aachen) ein. Die Rückfahrkarten nach der Schweiz und Paris über Hof behalten für die außerdeutschen Strecken ihre tarifmäßige Benutzungsfrist, werden also von der Gültigkeitsverlängerung zu Weihnachten nicht berührt.

— Der städtische Marstall und die städtische Beerdigungsanstalt erzielten im Jahre 1902 eine Einnahme von 163 451 Mk. Diese Einnahme bleibt hinter der des Vorjahres um 9999 Mk. zurück, doch betrug auch die Gesamtausgabe von 144 362 Mk. um 6293 Mk. weniger als im Vorjahre. Der an die Stadtkasse abgegebene Ueberschuß beziffert sich auf 19 089 Mk., auch dieser bleibt mit 3706 Mk. hinter den Erträgnissen des Vorjahres zurück. Die im vorigen Jahre herrschenden ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen sind auch auf die Einnahmen und Ueberschüsse beim städtischen Marstallamte nicht ohne Einfluß geblieben. Bei dem großen Mangel an Privatfuhren war der Wettbewerb um Erlangung von Fuhren bei der Straßenreinigung, bei dem Sprengwesen und bei der Kohlen- und Koksabfuhr ein äußerst lebhafter, durch den eine noch nie dagewesene Preisunterbietung in die Erscheinung getreten ist.

— Drei Millionen Gold trafen vorgestern auf dem hiesigen Abstellbahnhofe um 10 Uhr 26 Min. von London über Bremen ein. Die Summe war in 30 Kisten verpackt und wog 1200 Kilogramm. Die Absenderin war die Englische Bank. Von England bis nach Bremen wurde der Goldschatz von der Dampfschiffahrtsgesellschaft Argo-Bremen befördert. Zwei Beamte dieser Gesellschaft trafen mit der Summe auch hier ein, wo die Dresdner Paketfahrt Philipp u. Co. die Spedition besorgte. Bereits um 12 Uhr 50 Min. wurde das Geld weiter befördert. In Triest wird es auf einen nach Aegypten fahrenden Dampfer verladen. Dort erhält es ein größeres Bankgeschäft.

— Der soeben vom Schwurgericht von schwerer Anklage freigesprochene hiesige Frauenarzt Herr Dr. med. Planer hatte gestern mit seiner Gattin eine Erholungsreise nach San Remo angetreten. Diese Reise hat jedoch in Flöha eine recht unliebsame Unterbrechung erlitten, da Frau Dr. Planer infolge hochgradiger Aufregung im Zuge einen Schlaganfall erlitt, von dem sie sich erst nach längerer Bemühung ihres Gatten und eines anderen im Zuge befindlichen Arztes wieder etwas erholte.

— Der vom Alldeutschen Verband veranstaltete Vortrag des Großherzoglich Sächsischen Kammerherrn Grafen Pfeil auf Friedersdorf findet morgen abend 8 Uhr im Konzerthause des Zoologischen Gartens statt. Das Thema lautet: „Deutschlands Interessen in Marokko". Gäste, auch Damen, haben Zutritt gegen Karten. Letztere sind noch in beschränkter Zahl zu haben beim Vorsitzenden der Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes.

— Die Vorturnerschaft des Dresdner Turngaues hielt am Sonntag bei Anwesenheit der Herren Kreisvertreter Bier, Gauvertreter Dr. Nowack, Stadtverordneten Baumann und Unrasch in der Halle des Turnvereins für Neu- und Antonstadt, Alaunstraße 40, ihre letzte diesjährige Gauvorturnerstunde ab, wozu sich außer zahlreichem Publikum auch ein großer Teil der Vorturnerschaft des Allgemeinen Turnvereins eingefunden hatte. Unter Oberturnwart Schusters Leitung wurde zunächst am Pferd geturnt, und nach Begrüßung durch den Vorsitzenden der Neustädter Vorturnerschaft, Turnwart Franz, von etwa 110 Vorturnern unter Leitung des Gauturnwarts Pötzsch die gut durchdachten Freiübungen zu Paaren ausgeführt. Hiernach brachten 16 Mann des Turnlehrervereins unter Seminaroberlehrer Wähmann die in Nürnberg als Sondervorführungen gebotenen schwierigen Eisenstabübungen in exaktester Weise zur Darstellung, worauf ein Geräteturnen in neun Riegen erfolgte, dem sich schließlich Eisenstabübungen des Turnvereins der Leipziger Vorstadt mit Musikbegleitung anschlossen. In der vom Gauturnwart Pötzsch geleiteten geselligen Zusammenkunft wurde die erste nächstjährige Gauvorturnerstunde auf den 24. Januar festgesetzt. Fröhliche Lieder und Ansprachen der Herren Pötzsch, Baumann, Becker, Dr. Nowack, Unrasch usw., in denen vielfach das einige Zusammenwirken sämtlicher Dresdner Turnvereine in Gegenwart und Zukunft betont und gewünscht wurde, hielten die Turngenossen mehrere Stunden zusammen. Turnlehrer Züllchner sprach in halbstündigem fesselnden und dankbar aufgenommenen Vortrag über den vom Turnlehrerverein seit fünf Jahren für die 2. Klasse